

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Februar 2021

**Corona-Willkür
jetzt stoppen!**

Seite 3



**Wegen Bundesrat
Berset müssen die
Büezer frieren**

Seite 5



**Der Brexit-Erfolg
zeigt, wie miserabel
das InstA ist**

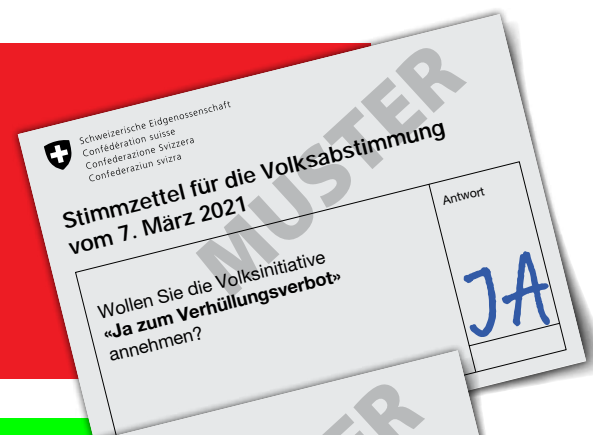
Seite 13



Jetzt an die Urne!

Für Sicherheit und Frauenrechte:

**JA zur Verhüllungsverbots-
Initiative**



Für KMU und Arbeitsplätze:

**JA zum Freihandels-
abkommen mit Indonesien**



Für mehr Sicherheit im Internet:

JA zur E-ID



NEIN zur blinden Corona-Politik und drei Mal JA am 7. März

Die Massnahmen des Bundesrates gegen Covid-19 prägen unser Leben, sie verursachen grossen sozialen und wirtschaftlichen Schaden, die Bevölkerung hat genug. Doch die Mitte-Links-Mehrheit im Bundesrat, angeführt von Gesundheitsvorsteher Alain Berset, verweigert dem Schweizer Volk einen Ausweg aus dieser belastenden Situation.

Die SVP hatte von Anfang an eine klare Strategie zum Umgang mit der Covid-19-Krise: Die Risikogruppen müssen geschützt werden und der Rest der Bevölkerung und die Wirtschaft muss – natürlich mit Schutzkonzepten – möglichst frei leben und arbeiten können. Die Wirtschaft, die von vielen Linken verachtet wird, sorgt für Arbeits- und Ausbildungsplätze, für Zukunftsperspektiven und dafür, dass Schweizer Familien ein Einkommen haben. Heute leben wir in der grotesken Situation, dass der Bundesrat die Risikogruppen nicht wirksam schützt und aktive, gesunde Menschen in eine krankmachende Spirale psychischer und sozialer Not drängt. Zudem sorgt der Bundesrat mit seinen Massnahmen dafür, dass sich die Schweizer Steuerzahlenden pro Minute mit zusätzlich 100'000 Franken verschulden. Die SVP setzt sich als einzige Partei dafür ein, dass dies endlich aufhört.

Am 7. März stimmen wir Schweizerinnen und Schweizer über wichtige Themen ab. Allen

voran über die Volksinitiative "Ja zum Verhüllungsverbot". Diese ist zukunftsweisend für unsere Gesellschaft. Denn sie trägt dazu bei, den Vormarsch des radikalen Islam, der sich gegen unsere Kultur und unsere Werte richtet, einzudämmen. Es ist für mich unverständlich, dass es noch immer Kreise gibt – allen voran linke Feministinnen –, die die Unterdrückung der Frau noch tolerieren.

Ja zur Unabhängigkeit, Ja zum Freihandel mit Indonesien

Ebenfalls wichtig für die Schweiz ist das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Ländern und Indonesien. Besonders in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit ist dieser Vertrag für unsere KMU von grosser Bedeutung. Denn er verschafft ihnen Zugang zu einem schnell wachsenden Markt und macht unsere Unternehmen unabhängiger vom europäischen Markt. Auch ist dieses Abkommen ein bahnbrechendes Modell für neue Handelspartnerschaften, weil es auf Nachhaltigkeit und Respekt für die Umwelt basiert. Und letztlich sagen wir am 7.

März auch JA zur E-ID: Es ist ein JA zu mehr Einfachheit und Sicherheit im Netz, zu einer unabhängigen Schweizer Lösung mit klaren Regeln und mehr Datenschutz zum Nutzen von uns Bürgerinnen und Bürgern und für eine innovative Schweiz!

Doch die wichtigste Aufgabe steht uns noch bevor: Der Kampf für den Erhalt unserer Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Ein Kampf, der mir sehr am Herzen liegt und der eine klare Absage an das Institutionelle Abkommen mit der EU beinhaltet. Die Front der Befürworter bröckelt zwar, aber wir müssen wachsam bleiben. Denn die schlimmsten Feinde der Schweiz kommen von innen: Es sind jene Kräfte, die unser Land an die EU verkaufen wollen.

Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz!



Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz



Die diktatorische Machtpolitik des Bundesrates

In der Corona-Pandemie riss Bundesrat Berset das Zepter an sich und fährt die Wirtschaft und das soziale Leben an die Wand. Nur wir von der SVP setzen uns dafür ein, dass das sofort aufhört und dass wir Bürgerinnen und Bürger unsere demokratischen Rechte zurückerhalten.



von Magdalena
Martullo-Blocher
Nationalrätin
Lanzerheide, GR

Im Februar 2020 kam das Virus, im März verschrieb der Bund "Bleiben Sie zuhause". Nur die SVP forderte Schutz für Risikogruppen und Grenzkontrollen. Masken waren kaum erhältlich. Private versorgten Gewerbe, Coiffeure, Detailhandel, Alters-

heime und Spitäler. Anfang November erreichten die Infektionszahlen den Höchststand. Die stark betroffenen Westschweizer Kantone verfügten Massnahmen, Bundesrat Berset knüttelte alle und verlangte mehr. Er riss das Zepter an sich. Das Pandemiegesetz erlaubt das. Über das Gesetz kann abgestimmt werden, aber wann?

Alle Macht dem Staat kommt nie gut!

Die Verfassung lasse Notrecht zu, meint der Bundesrat. Seither schaltet und waltet er ohne Parlament, Kantone und Volk. Eine Strategie? Gibt es keine! Eine Perspektive? Auch nicht. "Wir sagen lieber wie es ist – wir wissen es nicht", meint Bundesrat Berset. Seit die EU alles schliesst, will er das auch. Das ist ihm wichtiger als unsere Freiheit und unser Wohlbefinden.

Wir von der SVP bekämpfen diese verhängnisvollen und konzeptlosen Massnahmen, die weder nötig noch

sinnvoll sind und unglaublichen Schaden anrichten. Medienauftritte, parteiübergreifende Allianzen, Fakten, Schutzkonzepte – alles bleibt unberücksichtigt. Die Wirkung der Massnahmen wird nie abgewartet, gefährdete Personen werden immer noch nicht wirksam geschützt. Man sperrt die Gesunden ein, damit eine kleine Zahl Gefährdeter nicht krank wird. Derweil sinken Neuansteckungen, Erkrankungen, Spitaleinweisungen und Todesfälle laufend. Dem Volk werden aber immer neue Schreckensszenarien ausgemalt: Überlastete Spitäler (nie eingetroffen), zu hoher R-Wert (der falsch war), Festtage mit

mehr Ansteckungen (traf nicht ein) und nun die Mutationen (die gesamten Ansteckungen sinken). Man handle eben vorausschauend! Was will man da noch sagen?

Was den Kantonen noch geblieben ist, sind Skipisten, Schulen und die Umsetzung der unlogischen Regelungen. Mit den Altersheimen, den Massentests und den Impfplänen lässt man sie allein. Das Volk hat das

Vertrauen verloren. Falschinformationen statt Problemlösungen: Masken nützen nichts, Massentests sind nicht verfügbar, es gibt genügend Impfdosen... Die Folge? Psychische Probleme, Gewalt in der Familie, hohe Suizidraten, Existenzängste.

In Bern bleibt uns nur noch, horrende Beträge für Entschädigungen abzunicken. Nun will der Bundesrat auch die Milliarden noch selber bewilligen! Alle Macht dem Staat – das kommt nie gut! Jeder diktatorische Staat fährt die Wirtschaft und das soziale Leben an die Wand. Wir von der SVP – und leider nur wir – setzen uns jeden Tag dafür ein, dass das sofort aufhört, und dass wir Bürgerinnen und Bürger unsere demokratischen Rechte zurückerhalten. Wir wollen Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie!

Linke Corona-Willkür stoppen!



Jetzt SVP-Mitglied werden! [svp.ch/beitreten](https://www.svp.ch/beitreten)



Nur die SVP kritisiert die autoritäre Politik von Bundesrat Berset. Mehrere 100 neue Mitglieder sind allein in den letzten Wochen der SVP beigetreten, um mit uns die Freiheit und Demokratie zu verteidigen.

Drei Mal JA am 7. März

Am 30. Januar hielt die SVP Schweiz ihre Delegiertenversammlung erneut in digitaler Form ab und streamte den Anlass live aus dem Rössli in Oensingen (SO). Mit grosser Mehrheit sprachen sich die Delegierten für ein JA zum Verhüllungsverbot und für ein JA zum Freihandelsabkommen mit Indonesien aus. Nach einer Debatte unterstützte die grosse Mehrheit der SVP-Delegierten auch das Gesetz zur elektronischen Identifikation (E-ID-Gesetz).



SVP-Präsident Marco Chiesa wies in seiner Rede darauf hin, dass die von der Mitte-Links-Mehrheit des Bundesrates unter der Federführung von Gesundheitsvorsteher Alain Berset beschlossene Corona-Politik den Steuerzahler jede Stunde 6 Millionen Franken kostet. Marco Chiesa forderte den Stop des Lockdown - die Menschen sollen mit Schutzkonzepten wieder arbeiten können.



IT-Unternehmer und Nationalrat Franz Grüter überzeugte eine grosse Mehrheit der Delegierten davon, dass das E-ID-Gesetz mehr Sicherheit im Internet bietet.



Mit der Schweizer e-ID
sicher und einfach im Netz.



www.e-id.info

7. März 2021

JA zum E-ID-Gesetz

Die Büezer hat man vergessen!

Im zweiten Lockdown wurde fast für alles eine Regelung getroffen. Nur die draussen arbeitenden Berufsleute wurden vergessen. Sie müssen ihr Mittagessen seit Wochen in der Kälte zu sich nehmen. Ein unhaltbarer Zustand.



von Monika Rüegger
Nationalrätin
Engelberg, OW

Der zweite Lockdown hat nicht nur dazu geführt, dass viele Verkaufsläden ihre Türen ganz oder teilweise schliessen mussten. Auch die Restaurants sind stark betroffen. Obwohl die nachgewiesene Ansteckungsgefahr gemäss Bund nicht einmal bei 3% lag, wurden sie zur Schliessung gezwungen.

Der zweite Lockdown hat ebenfalls zu einer faktischen Homeoffice-Pflicht geführt. Wer kann, muss zuhause arbeiten. Immerhin, man ist an der Wärme.

Nicht an der Wärme sind tagtäglich zehntausende von werktätigen «Büezern», die draussen für die öffentliche und private Infrastruktur, für unser Wohlergehen sorgen. Diese Berufsleute wurden von den Behörden glatt vergessen! Wer draussen hart arbeitet und nicht die Möglichkeit hat, sein Mittagessen in einer Baracke einzunehmen, muss das in der Kälte tun - die Restaurants sind geschlossen.

Bundesrat soll rasch handeln

Im Auto regelmässig unterwegs sah ich viele dieser «Büezer», wie Sie am Mittag in einem kalten Rohbau, auf einer Bank oder im unterkühlten Auto ihr Essen zu sich nahmen. Ein unhaltbarer Zustand. Es war klar, dass man hier aktiv werden muss. Wenn sich das Bundeshausrestaurant «Café des Alpes» während des Lockdowns in eine Kantine verwandeln kann, muss das jedes Restaurant auch können. Und zwar ohne wegen der Härtefallklausel Nachteile zu erleiden.

Deshalb wurde die Initiative «Beizen für Büezer» (www.beizen-für-büezer.ch) gestartet. Draussen Werk tätige sollen ihre Mittagszeit an der Wärme verbringen und eine ordentliche Infrastruktur nutzen können (WC).

Innerhalb von nur acht Tagen kamen über 50'000 Unterschriften zustande. Die Petition wurde von der WAK (Wirtschaftskommission des Nationalrates) in Form eines Antrages von Nationalrätin Esther Friedli mit 21:2 Stimmen angenommen. Die Ratslinke- und -rechte war sich für einmal einig – das ist erfreulich. Zudem hat die WAK den Bundesrat in einem Schreiben aufgefordert, zu handeln. Zu hoffen ist, dass die Landesregierung mit den Büezer ein Einsehen hat und rasch und pragmatisch handelt. Man sollte nicht immer nur von Solidarität reden, sondern auch einmal solidarisch handeln! Danke allen, die die Petition unterzeichnet haben.

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Bildquellen: SVP Schweiz, UDC Vaud, Goal AG, Pixabay.com, Unsplash.com

"Wir sagen JA zum Verhüllungsverbot"

« Das Verhüllungs- und Vermummungsverbot bringt mehr Sicherheit bei Demos, Sportmatches und Veranstaltungen. Es wird helfen, gewalttätige Zerstörungen und Übergriffe auf Personen durch anonyme Hooligans und Vandalen zu verhindern. Terrorismus kennt keine Grenzen. Terroristen und Kriminelle benutzen als Tarnung für Anschläge und Überfälle Burkas und Ganzkörper-Verhüllungen. Leider auch in Europa. »

von Antoinette Reindl (66), Richterin, Engelberg, OW



von Gianna Hablützel-Bürki (51), Travel Consultant, Mutter, Grossrätin, Fechterin, Basel, BS

« Frauen und Männer sind in der Schweiz vor dem Gesetz gleich, so steht es in unserer Bundesverfassung. Burka und Niqab sind keine traditionellen islamischen Frauenkleider. Es sind «Stoffgefängnisse» zum Zweck der Züchtigung und der Unterdrückung der Frau. Das darf unsere freie Gesellschaft nicht tolerieren. Deshalb sage ich am 7. März JA zum Verhüllungsverbot. »

« Burka wie Niqab sind radikal-islamistische Symbole für die Unterdrückung der Frau. Sie sind nicht vereinbar mit unserer freiheitlichen Gesellschaft. Tourismusvertreter fürchten, dass arabische Gäste bei einem Ja zum Verhüllungsverbot ausbleiben. Die Erfahrung in Ländern wie Frankreich zeigt, dass dies unbegründet ist. Ein Ja zum Verhüllungsverbot ist ein Ja zu mehr Freiheit und mehr Sicherheit. »

von Stephanie Gartenmann (19), Rechtswissenschaftsstudentin, Matten bei Interlaken, BE



von Vanessa Meury (24), Immobilienbetriebswirtin, Grenchen, SO



« Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf in der Schweiz, dem Land der Freiheit, gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Deshalb sage ich am 7. März JA zum Verhüllungsverbot. »

« Die Verschleierung der Frauen ist die Flagge des politischen Islams. Diese Werte sind mit unserer Rechtsordnung nicht zu vereinbaren. Wir müssen mit dem Verhüllungsverbot ein Zeichen für die Gleichstellung setzen. »

von Camille Lothe (27), Politikwissenschaftlerin, Zürich, ZH



Frauenrechte JA
Frauen für Frauen!

Verhüllungsverbot

Überparteiliche Frauengruppe
Frauen für Frauen.
Für Freiheit und Selbstbestimmung
– für Gleichstellung!

Jetzt mitmachen:
frauenrechte-ja.ch



Burka-Verbot, ein Retter für die Emanzipation der Frauen im Islam

Der Vollschiefer ist ein Symbol des politischen Islams, das von islamischen Frauenhassern benutzt wird, um Frauen zu unterjochen. Im Tessin gilt das Verhüllungsverbot bereits seit vier Jahren, das nun auf die ganze Schweiz ausgeweitet werden soll. Die Erfahrungen damit sind in jedem Fall positiv.



von Piero Marchesi
Nationalrat, Präsident
SVP TI, Monteggio, TI

Welche Frau, die nicht einer Gehirnwäsche unterzogen wurde, würde sich dafür entscheiden, ein bedrückendes Kleidungsstück wie die Burka zu tragen? Schwer und dunkel gefärbt in der Sommerhitze während ihr Mann in Shorts und T-Shirt gekleidet ein Eis am See genießt? Es muss laut und deutlich gesagt werden, dass der Vollschiefer - der den Trägerinnen jegliche Integration verwehrt - ein Symbol des politischen Islams ist. Es wird von islamischen Frauenhassern benutzt, um Frauen zu unterwerfen und die Verbreitung des Islamismus im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Es ist unverständlich, dass Feministinnen und links-grüne Parteien, die mehr Rechte für Frauen fordern, die Verhüllungsverbots-Initiative bekämpfen. Mustafa Memeti, Imam von Bern, hat klar gesagt, dass die Initiative ein Rettungsanker für die Emanzipation der Frauen im Islam sei. Dies beweist, dass auch gemässigte Muslime das Verhüllungsverbot unterstützen.

Initiative bringt mehr Sicherheit

Es sei daran erinnert, dass ein ähnliches Verbot bereits in vielen Ländern in Europa gilt, zum Beispiel in Frankreich, Belgien, Österreich, Dänemark, Bulgarien und Lettland. Die Rechtmässigkeit dieses Verbotes wurde zudem 2014 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in einem Urteil bestätigt.

Die Initiative dient auch der Sicherheit. Durch Verhüllungsverbot wäre die Polizei nämlich in der Lage, die Gesichter von gewalttätigen Demonstranten, Hooligans und Chaoten – zum Beispiel auf Videoüberwachungsbildern – bei Veranstaltungen und bei Sportereignissen zu erkennen.

Ich stimme den Gegnern der Initiative in einem Punkt zu. Das Phänomen der Vollverschleierung ist heute in der Schweiz glücklicherweise noch ein Randproblem. Aber wie dies bereits in vielen Ländern geschehen ist, wird sich dieses Problem mit der Zunahme der Radikalisierung junger Muslime verschärfen. Es ist daher besser, präventiv zu handeln, bevor es zu spät ist. Im Tessin ist das Verhüllungsverbot – das nun auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden soll – bereits seit vier Jahren in Kraft. Die Erfahrungen sind durchwegs positiv.

Es geht darum, eine zivilisatorische Wahl zu

« Mustafa Memeti, Imam von Bern, hat klar gesagt, dass die Initiative ein Rettungsanker für die Emanzipation der Frauen im Islam sei. »

treffen und zu entscheiden, in welcher Art von Gesellschaft wir und künftige Generationen leben wollen. Wer für eine demokratische Gesellschaft und die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist – und das nicht nur mit leeren Worten – setzt am 7. März ein starkes Zeichen gegen die Islamisierung und sagt Ja zur Initiative "Ja zum Vermummungsverbot".



Seit vier Jahren gilt im Tessin das Verbot der Gesichtverschleierung - die Erfahrungen sind durchwegs positiv. Was im Tessin wirkt, soll nun auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden. Muslimische Frauen hoffen, dass die Verhüllungsverbots-Initiative am 7. März angenommen wird. Für sie wäre ein JA der Schweizer Bevölkerung ein Symbol der Hoffnung.

Die Landwirte sagen JA

Mit diesem Abkommen können wir leben

Am 7. März stimmen wir über das Freihandelsabkommen mit Indonesien ab. Hier kann ich Ihnen ein JA empfehlen: Das Abkommen ist keine Gefahr für die Schweizer Pflanzenöl-Produktion, es stärkt unsere KMU und verlangt zudem eine nachhaltige Produktion von Palmöl.



von Andreas Aebi
Landwirt
Nationalratspräsident
Alchenstorf, BE

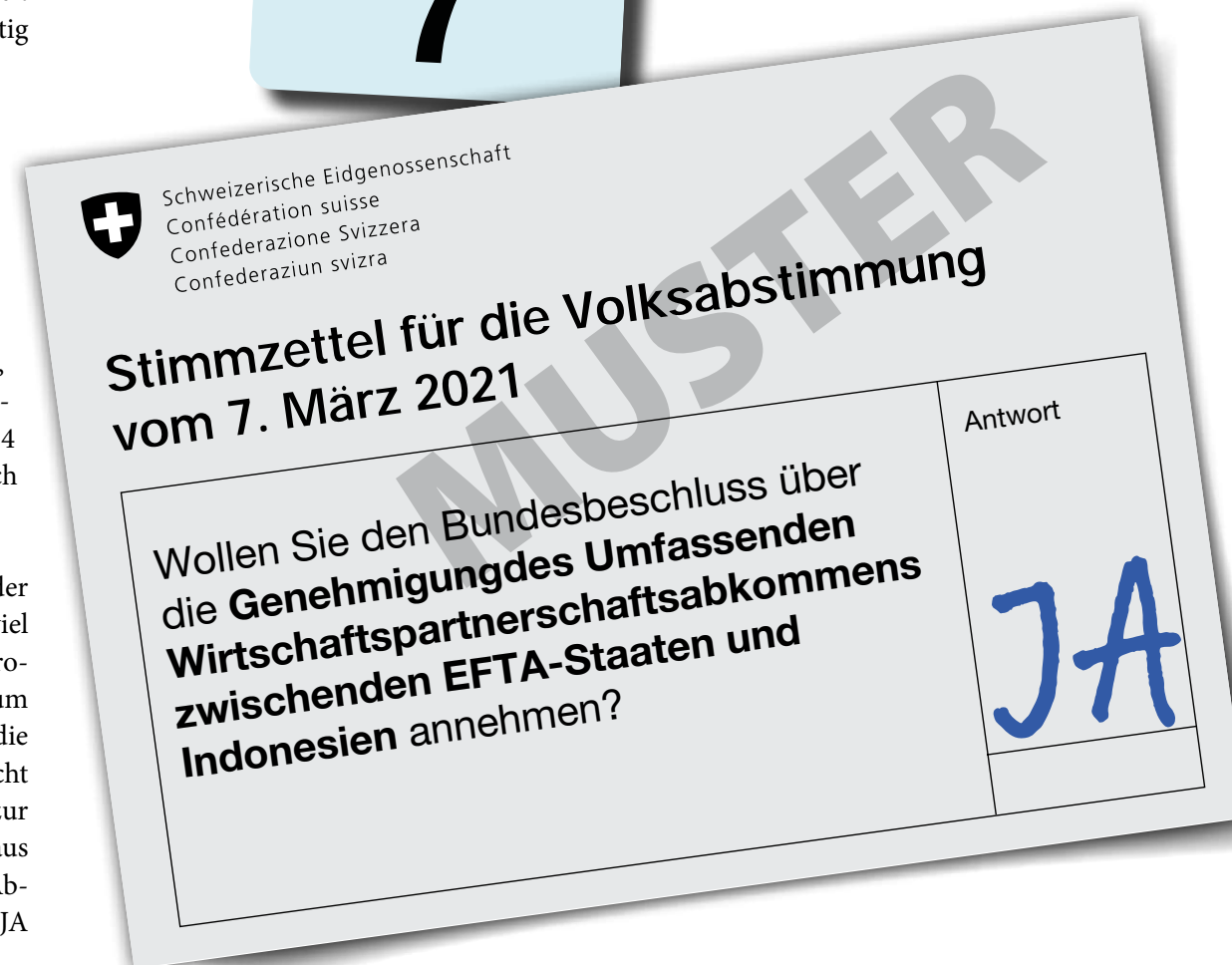
Tonnen pro Jahr gewährt. Im Jahr 2019 wurden 23'800 Tonnen importiert was 0.03 % der globalen Palmölmenge entspricht. Zudem sind die Importe an hohe Standards betreffend Nachhaltigkeit geknüpft, was in dieser Form einzigartig ist bei Freihandelsabkommen.

Freihandelsabkommen sind insbesondere aus Sicht der Landwirtschaft immer sehr kritisch zu beurteilen. Auch im Fall von Indonesien geht es um ein Abkommen mit einem Land, welches vor allem Agrarprodukte exportieren kann und will. Insbesondere das Thema Palmöl ist hierbei kritisch. Einerseits weil der Palmölanbau in Indonesien auf Kosten von Umwelt und lokaler Bevölkerung nicht nachhaltig ist und andererseits, weil importierte Mengen einheimisches Rapsöl konkurrenzieren können. Aus diesem Grund wurde von der Landwirtschaft entsprechend stark und letztlich auch mit Erfolg auf das Abkommen eingewirkt.

Es konnte erreicht werden, dass die Importzölle auf Palmöl nicht aufgehoben, sondern lediglich um 20 bis 40 % reduziert werden. Weiter werden diese Zollrabatte nur auf einer Menge von maximal 12'500

Somit ist sichergestellt, dass dieses Abkommen die einheimische Ölproduktion aus Raps oder Sonnenblumen nicht gefährdet und zusätzlich auch die Produktionsbedingungen im Herkunftsland nachhaltig gestaltet werden müssen. Es ist auch zu beachten, dass durch dieses Abkommen für unsere Exportwirtschaft ein Markt mit 264 Millionen Menschen besser zugänglich wird.

Natürlich ist es das Ziel der Schweizer Landwirtschaft, möglichst viel Pflanzenöl in der Schweiz selbst zu produzieren und Importe auf ein Minimum zu reduzieren. Weil dieses Abkommen die einheimische Produktion nicht schwächt und erstmals verbindliche Standards zur Nachhaltigkeit definiert, können wir aus Sicht der Landwirtschaft mit dem Abkommen leben und ich kann Ihnen ein JA dazu empfehlen.



Die KMU sagen JA

Dieses Abkommen ist für alle gut

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien ist gut für die Schweiz, für die Wirtschaft und für die Umwelt. Deshalb sage ich am 7. März JA!

Mit dem Abkommen fallen nicht nur hohe Zölle weg – was an sich schon ein jährliches Einsparpotenzial von 25 Millionen Franken darstellt. Es stärkt auch den Schutz geistigen Eigentums,

beseitigt technische Handelshemmnisse, erleichtert den Dienstleistungshandel und erhöht die Investitionssicherheit. Damit gewährt es Schweizer Unternehmen einen wertvollen Wettbewerbsvorteil in wirtschaftlich schwierigen und unsicheren Zeiten. Vor allem: Die Schweiz wäre vor der EU, denn Europa hat noch keinen Marktzugang zu Indonesien, der 16. grössten Wirtschaft der Welt.

Zudem gilt das Abkommen als äusserst fortschrittlich. Es enthält ein weitreichendes Nachhaltigkeitskapitel mit Regeln, etwa im Bereich Palmöl, die Indonesien bisher mit keinem anderen Handelspartner eingegangen ist. Diese Bestimmungen sind völkerrechtlich verbindlich und stützen die positive Entwicklungsperspektive Indonesiens auch im Bereich der Nachhaltigkeit. Sie werden sogar als Muster für weitere solche Abkommen dienen. Einmal mehr ist die Schweiz an der Spitze der Innovation.

Das Handelsabkommen mit Indonesien ist also für die Schweiz von strategischer Be-

deutung. Es diversifiziert die Wirtschaftsbeziehungen und baut Klumpenrisiken ab. Es verbindet Freihandel mit Nachhaltigkeit. Und es schafft Wettbewerbsvorteile. Darum sage ich am 7. März JA.



von Diana Gutjahr
Unternehmerin und
Nationalrätin
Amriswil, TG

openbyte^o

Für spannende Online-Kampagnen im bürgerlichen Umfeld suchen wir per sofort oder nach Vereinbarung:

Mediamatiker/in oder Social Media Manager/in

➔ Weitere Infos unter openbyte.ch/jobs

Unvernünftig und teuer!

Das neue CO2-Gesetz kostet viel und bringt nichts. Es führt zu mehr Bürokratie, mehr Verboten, mehr Vorschriften und neuen Steuern und Abgaben. Das Gewerbe ist bereits heute – auch ohne CO2-Gesetz – massiv durch bürokratische Hürden und administrative Leerläufe belastet.



von Stefanie Heimgartner
Transportunternehmerin
und Nationalrätin
Baden, AG

Dabei ist die Schweiz auch ohne das neue CO2-Gesetz klimapolitisch vorbildlich unterwegs. Die Bemühungen der vielen Unternehmen im Land sind eindrücklich. Werden diese fortgesetzt, wovon ausgegangen werden darf, erreicht die Schweizer Wirtschaft bis 2030 eine Treibhausgasreduktion von 60 % gegenüber 1990.

Wie ist das möglich? Weil freiwillige Investitionen in neue Produktionsanlagen, in saubere Produkte und in innovative Lieferketten getätigt werden. Wer glaubt, ohne CO2-Gesetz würden Unternehmen in veraltete und teure Technologien mit hohen Energiekosten investieren, hat noch nie einen Tag in der Wirtschaft verbracht.

Bis zu 20 Rappen mehr pro Liter Benzin

Mit Verboten und Regulierungen kommen wir nicht weiter. Wir sollten zu unserem Gewerbe und unseren Arbeitsplätzen Sorge tragen. Das CO2-Gesetz belastet die KMU massiv und schafft noch mehr Staatsprofiteure.

Das neue Gesetz hat das Ziel, den Energiekonsum zu verteuern. So sollen die Treibstoffpreise um bis zu 12 Rappen pro Liter erhöht werden. Rechnet man alles zusammen, dürfte der Literpreis für Benzin in wenigen Jahren sogar um rund 20 Rappen ansteigen.

Praktisch jede Branche ist in irgendeiner Art auf Fahrzeuge und Mobilität angewiesen. Handwerksbetriebe – wie Schreiner, Sanitär, Maler, Elektriker – können nicht aus dem Homeoffice arbeiten oder Fahrgemeinschaften bilden. Sie müssen ihre Produkte und ihr Werkzeug mit dem Auto zur Baustelle bringen. Transportunternehmen sind zur Versorgung von uns allen unterwegs. Sie müssen dafür viele Kilometer zurücklegen und würden entsprechend stark belastet.

Schlechte Nachrichten für das Gewerbe

Schlussendlich müssen diese unnötigen Mehrkosten dem Endkunden weiterverrechnet werden und alle Steuerzahler werden zusätzliche Kosten haben, ohne jeglichen Mehrwert für die Umwelt. Die neuen Benzin-, Diesel-, Heizöl- und Flugticketsteuern sollen in einen «Klimafonds» fließen, aus dem die Verwaltung dann nach eigenem Gutdünken Geld verteilen kann. Dafür sollen der Ausbau und Unterhalt der Strasse

vernachlässigt werden. Für das Gewerbe und alle Autofahrer sind dies schlechte Nachrichten!

Weiter werden die Unternehmen und Eigenheimbesitzer durch das faktische Verbot von Öl- und Gasheizungen ab 2023 sowie durch die Erhöhung der CO2-Abgabe auf Brennstoffe mit mehreren 100 Franken zusätzlich belastet.

Fazit: Das vorliegende Gesetz spült Milliarden an Franken in die Staatskasse, erhöht den administrativen Aufwand, sowie die finanzielle Belastung für KMU. Trotz eingeschränkter Sammelstätigkeit aufgrund der Corona-Pandemie haben über 110'000 Bürgerinnen und Bürger das Referendum gegen das CO2-Gesetz unterschrieben. Die Vorbehalte in der Bevölkerung gegen diese verfehlte Klimapolitik sind gross – zu Recht!

Immer weniger im Portemonnaie



Das CO2-Gesetz wird Unternehmen, Familien und Arbeitnehmern schaden. Sie müssen immer mehr Steuern und Abgaben bezahlen.

CO2-Gesetz - unnütz - kostspielig - ungerecht

Auch dank der SVP kann die Bevölkerung am 13. Juni über das neue CO2-Gesetz abstimmen. Dass trotz Veranstaltungsverbot aufgrund von Covid über 110'000 Unterschriften für das Referendum zusammengekommen sind – mehr als doppelt so viele wie nötig – zeigt das grosse Unbehagen über dieses Gesetz.



von Albert Rösti
Nationalrat
Uetendorf, BE

Die Klimafanatiker werden jene, die das CO2-Gesetz ablehnen, als Klimaleugner darstellen. Darum geht es aber nicht. Schliesslich ist allgemein bekannt, dass sich das Klima verändert. Aufgrund der Endlichkeit der Erdölvorkommen ist auch die Notwendigkeit unbestritten, den Verbrauch fossiler Treibstoffe zu reduzieren. Vielmehr geht es darum aufzuzeigen, dass das CO2-Gesetz gemessen an der Zielsetzung der Befürworter nichts nützt oder sogar kontraproduktiv ist.

Wenn wir in der Schweiz die Energie mit höheren Abgaben, einem Verbot von neuen Ölheizungen und einem enormen administrativen Aufwand verteuern, dann wird der CO2-Ausstoss bei uns zwar allenfalls sinken. Aufgrund fehlender Wettbewerbsfähigkeit wird aber mehr im Ausland produziert und dort wegen tieferer Standards der CO2-Ausstoss wieder erhöht. Schon heute übersteigt das weltweite Wachstum den gesamten jährlichen Schweizer CO2-Ausstoss massiv. Mit einem Anteil von einem Promille am weltweiten CO2-Ausstoss wird die Schweiz das Klima selbst bei Er-

reichen des Netto-Null-Ziels in keiner Weise beeinflussen.

Die Zeche müssen die Menschen auf dem Land bezahlen

Für die Menschen in der Schweiz, namentlich für den Mittelstand und das Gewerbe, wird das CO2-Gesetz aber richtig teuer. Benzin würde um bis zu 12 Rappen pro Liter teurer. Für Heizöl und Gas sieht das Gesetz mehr als eine Verdoppelung der Abgaben an den Staat vor - von heute 96 Franken auf bis zu 210 Franken pro Tonne CO2. Hinzu kommt eine Flugticket-Abgabe von zwischen 30 und 120 Franken pro Flug. Für eine vierköpfige Familie bedeutet dies Mehrkosten von rund 1500 Fran-

Das CO2-Gesetz benachteiligt auch die Landregionen. Denn die Bevölkerung in den Städten und Agglomerationen, die den ÖV direkt vor der Haustüre hat, wird weniger CO2-Abgaben bezahlen müssen. Die Zeche zahlen all jene, die auf ein Auto angewiesen



Die Mitte-Links-Mehrheit im Bundesparlament hat der Klima-Hysterie der Linken und der Grünen nachgegeben. Die Rechnung soll einmal mehr das Schweizer Volk, vor allem der hart arbeitende Mittelstand, bezahlen. Auch dank der SVP können die Stimmbürger am 13. Juni über dieses teure, ungerechte und unwirksame Gesetz abstimmen.

« Für die Menschen in der Schweiz, namentlich für den Mittelstand und das Gewerbe, wird das CO2-Gesetz richtig teuer. Für eine vierköpfige Familie bedeutet dies Mehrkosten von rund 1500 Franken pro Jahr. »

ken pro Jahr. Die Befürworter des CO2-Gesetzes behaupten, dass dieses Geld zurückerstattet werde. Das ist falsch: Die Hälfte des Geldes fließt in einen Klimafonds, aus dem der Bundesrat Energie-Projekte nach seinem Gusto fördert.

sind, oder die in einer Mietwohnung mit Öl- oder Gasheizung leben. Dass die Rückvergütung - der nach Abzug der Administrationskosten nicht mal hälftigen Summe aller Abgaben - an die ganze Bevölkerung erfolgt, zeigt: Den links-grünen Befürwortern geht es in erster Linie um Umverteilung.

Unnütz – kostspielig – ungerecht: Ein solches Gesetz muss an der Urne abgelehnt werden.

Strassburg kippt Schweizer Bettelverbot

In vielen Kantonen und Gemeinden gilt ein Bettelverbot. Jenes im Kanton Zürich wurde bereits 1927 per Volksabstimmung eingeführt. Die Richter am Menschenrechtsgerichtshof interessiert das nicht. Sie erklären das Betteln zum Menschenrecht – ein konsequentes Vorgehen dagegen ist nicht erlaubt.



von Barbara Steinemann
Nationalrätin
Watt-Regensdorf, ZH

Eine heute 28-jährige Rumänin wurde mehrmals in Genf wegen verbotenen Betteln aufgegriffen und schliesslich zu einer Busse von 500 Franken verurteilt. Weil sie diese nicht zahlen konnte oder wollte, wurde die Busse in eine fünftägige Haft

Das sei zu grausam, befanden die Strassburger Richter und ein Verstoß gegen das Grundrecht auf Achtung des Privatlebens. Demgegenüber hatten erst kürzlich die höchsten Richter der Schweiz das Bettelverbot im Kanton Waadt für zulässig erklärt.

Die fremden Richter haben sich nicht auf den Fall der jungen Rumänin beschränkt, sondern sie haben vielmehr pauschale Bettelverbote, wie sie 14 Kantone und etliche Gemeinden erlassen haben, generell als zu weit gehend erklärt. In Zürich gilt kantonsweit ein solches Verbot, das geht auf eine Volksabstimmung von 1927

der hohlen Hand ausgestellt und das erbetelte Geld eingezogen.

In der Schweiz muss niemand betteln

Die Abschaffung des Bettelverbotes Mitte 2020 hat sich in Basel unmittelbar im Strassenbild niedergeschlagen, wie auch ein Porträt von SRF über einen in die Drogen abgerutschten Schweizer zeigte. Er setzte sich seit Jahren über das Verbot hinweg und beserte mit Betteln seine monatliche Sozialhilfe von 700 Franken (Obdachlosentarif) um rund 1000 Franken auf. Er ärgerte sich über die neue Konkurrenz: Denn pünktlich zur Aufhebung des Bettelverbotes machten sich vor allem Roma-Clans in der Stadt breit.

Wer über eine Aufenthaltsbewilligung verfügt, hat ein Anrecht auf Sozialhilfe, das sind normalerweise 996 Franken Bargeld pro Monat plus Wohnung und Sozialversicherungsbeiträge sowie Extras. Wer illegal hier ist, hat Anspruch auf Nothilfe von 8 bis 12 Franken pro Tag plus Obdach. Aus humanitärer Sicht gibt also keinen Grund, hier zu betteln. Naheliegender ist, dass die Motivation vielmehr auf wirtschaftlichen Gründen beruht.

Das Urteil deckt anschaulich das Problem der demokratischen Schweiz mit fremden Richtern auf. Die Strassburger-Juristen geben von weit weg Urteile ab, welche die Schweiz in undemokratischer Weise verändern. Die Menschenrechte stehen in der Schweiz seit unseren Anfängen nicht zur Diskussion, wohl aber deren willkürliche Auslegung von Richtern, die nicht mit unseren Institutionen vertraut und die für uns anonyme Funktionäre mit unbekanntem Interesse sind. Das Stimmrecht der Schweizer ist nun also auch bezüglich Fragen der Bettelerei einfluss- und wertlos geworden.



Am 19. Januar 2021 verurteilte der EGMR die Schweiz, weil bestimmte Kantone wie Genf und Waadt das Betteln auf ihrem Gebiet verboten haben. Das Betteln wird jedoch oft von Betrügern und ausländischen Kriminellen ausgenutzt, wie diese Fotos nahe legen, die in Lausanne aufgenommen wurden, kurz bevor die SVP das Bettelverbot im Kanton Waadt erwirkte.

umgewandelt. Das akzeptierte die mittellose Analphabetin nicht und zog die Verfügung fast ein Jahrzehnt durch alle Instanzen bis vor den Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg – wohl mit wohlwollender Unterstützung von Verbänden und NGOs.

zurück. Tatsächlich sieht man im Gegensatz etwa zur Stadt Bern im ganzen Kanton Zürich selten Bettler. Wer trotzdem um Gaben bittet, wird gebüsst. Alleine die Stadtpolizei Zürich hat im Jahr 2019 insgesamt 745 Verzeigungen gegen die Wegelagerer mit

Die Schweiz und der Brexit-Erfolg

Der EU-Austritt von Grossbritannien macht den miserabel ausgehandelten Entwurf des Schweizer Rahmenvertrags zur Makulatur.



von Roger Köppel
Nationalrat
Küsnacht, ZH

Auch wenn es unsere Medien und die meisten Politiker nicht zugeben wollen: Premierminister Boris Johnson hat für sein Land kurz vor Ende 2020 in Brüssel einen glänzenden Erfolg errungen. Der von der Bevölkerungsmehrheit des Vereinigten Königreichs gewünschte Austritt aus der Europäischen Union vollzieht sich in guter Ordnung, vertragsmässig abgesichert. Die britische Wirtschaft hat weiterhin Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Per sofort aufgehoben ist aber die Personenfreizügigkeit, die Rechtsübernahme und die Anerkennung des EU-Gerichts.

Selbstbestimmung als Ziel

Es besteht kein Zweifel: Dieser Brexit hat grosse Auswirkungen auf die schweizerische Diskussion rund um den Abschluss des geplanten Rahmenabkommens mit der EU. Der Erfolg der britischen Diplomatie zeigt schonungslos auf, wie schlecht unsere Verhandler die Unabhängigkeit der Schweiz und unser nationales Dasein ausserhalb der EU verteidigt haben.

Heute geht es der Economie-suisse, der Mehrheit der Freisinnigen und einigen Branchenverbänden einzig darum, keinerlei – auch noch so geringe – Einschränkungen beim Zugang zum EU-Binnenmarkt in Kauf nehmen zu müssen. Diese Sicht ist völlig eindimensional und würde die Schweizer Selbstbestimmung, die direkte Demokratie und letztlich die hiesige Volksherrschaft beenden. Unsere Energiestrategie zum Bei-

spiel setzt bewusst auf Importe und begibt sich so in eine unhaltbare Abhängigkeit eines Rahmenvertrags.

Skepsis nimmt zu

In der FDP melden sich prominente Skeptiker zu Wort. Die CVP (neuerdings Die Mitte) besinnt sich vermehrt auf ihre föderalistischen Wurzeln und hat ihrer früheren EU-Begeisterung abgeschworen. Schienen die Linken bislang egoistisch einzig auf Nachverhandlungen beim Lohnschutz fixiert, äussert neuerdings Pierre-Yves Maillard als Präsident des Gewerkschaftsbunds ganz grundsätzliche Bedenken bezüglich der Rechtsübernahme. Nicht parteigebundene, bei FDP und CVP heimatlos gewordene Unternehmer gründen machtvolle, auch finanziell potente Vereinigungen, die den Kampf gegen ein Rahmenabkommen aufnehmen wollen.

Mit Grossbritannien hat nicht irgendein Mitglied der EU den Rücken gekehrt. Es handelt sich hier um die zweitwichtigste Wirtschaftsmacht Europas, um ein früheres globales Empire, das mittels Commonwealth in gewissem Sinn noch immer die ganze Welt umspannt. In England liegt hinter New York das grösste Finanzzentrum. Grossbritannien wird sich vermehrt auf die rasch wachsenden Märkte in Asien und Amerika ausrichten. Und was Bildung und Forschung betrifft, hinkt jede Institution in der EU den britischen Spitzenuniversitäten meilenweit hinterher.

Der Bundesrat wäre gut beraten, die Sackgasse Richtung immer engere EU-Integration zu verlassen. Aussenminister Cassis hat schon zu Beginn seiner Amtszeit den Reset-Knopf drücken wollen. Er muss es jetzt nur endlich tun.

«Der Erfolg der britischen Diplomatie zeigt schonungslos auf, wie schlecht unsere Verhandler die Unabhängigkeit der Schweiz und unser nationales Dasein ausserhalb der EU verteidigt haben.»



Der Brexit-Vertrag von Boris Johnson, der in der Schweiz von Politikern und Medien kritisiert wird, ist ein durchschlagender Erfolg! Der Zugang zum EU-Binnenmarkt ist gewährleistet - ohne Personenfreizügigkeit und ohne Unterwerfung unter den EU-Gerichtshof.

Solothurn dem Volk zurückgeben!

Am 7. März finden im Kanton Solothurn Wahlen statt. Die SVP ist gut aufgestellt, weil sie stets für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einsteht. Wir kämpfen für einen schlanken Staat und für eine Verwaltung, die dem Volk dient und nicht sich selbst verpflichtet ist. Die SVP kämpft für tiefere Steuern sowie gegen den Justizfilz, die Kuscheljustiz und den Sozialschlendrian. Auch im Kanton Solothurn gilt: Es braucht in allen Gremien deutlich mehr SVP!



von Christian Imark
Nationalrat
Fehren, SO

gelassen. So hat sich die Solothurner Justiz-Korona immer mehr von der Bevölkerung entfremdet. Dies resultierte in einer Kuscheljustiz, etwa bei der Ausweisung krimineller Ausländer oder beim mehrfach rückfälligen Kinderschänder William W. Letzterer wurde trotz Verurteilungen mit über 50'000 Franken an Steuergeldern entschädigt; er wurde nicht verwahrt und erneut rückfällig. Seine Opfer

Die SVP Kanton Solothurn engagierte sich in den vergangenen Jahren konsequent für die Interessen des Mittelstandes. So hat die Kantonalpartei vor gut zwei Jahren das kantonale Energiegesetz gebodigt, mit 70 % Nein-Stimmenanteil. Weitere Themen sind der Kampf für tiefere Steuern, gegen den Ausgaben- und Sozialschlendrian sowie gegen ausufernde Arztelöhne oder den Justizfilz. So entstand der Slogan für die kommenden Wahlen: «Solothurn dem Volk zurückgeben.» Mit mehr Vertreterinnen und Vertreter in Regierung und Parlament kann die SVP diesen Weg fortführen und intensivieren.

Kampf dem Justizfilz

Bis vor Kurzem wurde die SVP in den Justiz-Gremien konsequent aussen vor

wurden vom Staat vernachlässigt und leben mit lebenslangen Schäden. Die SVP bekämpfte diese Missstände und engagierte sich für die Opfer.

Weniger Sozialhilfe für Scheinflüchtlinge

Mit der Volksinitiative «Weniger Sozialhilfe für Scheinflüchtlinge» will die SVP erreichen, dass unechte Flüchtlinge, schnellstmöglich das Weite suchen. Denn Scheinflüchtlinge erhalten im Kanton Solothurn fast die gleichen Sozialleistungen wie echte Flüchtlinge und oft noch mehr als Herr und Frau Schweizer. Durch die Ausschüttung von vielen Steuerfranken an Scheinflüchtlinge werden völlig falsche Anreize gesetzt. Um dies zu ändern hat die SVP Kanton Solothurn eine Volksinitiative lanciert. Der Unterschriftenbogen kann hier heruntergeladen werden: www.svp-so.ch/kantonale-volksinitiative/

Richard Aschberger in den Regierungsrat

Mit Kantonsrat Richard Aschberger will die SVP erstmals in die Regierung einziehen. Der 36-Jährige ist geboren und wohnhaft in Grenchen und selbstständiger Unternehmer. Er war in seinem Leben

noch keine Sekunde Lohnbezüger. Aschberger gilt als ruhiger, überlegter und lösungsorientierter Typ, hat einen trockenen Humor und ein hervorragendes Sensorium für Menschen und politische Mehrheiten.

Die SVP gehört wieder in die Walliser Regierung

Am 7. März 2021 finden im Wallis die kantonalen Wahlen statt. Als zweitstärkste Partei im Kanton will die SVP den vor vier Jahren verlorenen Regierungssitz zurückholen. Die beiden Kantonalparteien SVP Oberwallis und SVP Unterwallis empfehlen dafür unseren Nationalrat Franz Ruppen.



von Romano Amacker
Präsident SVP Oberwallis
Eischoll, VS

Im Herzen der Alpen, inmitten einer einmalig schönen Landschaft, zwischen grüner Talebene und ewigem Schnee, birgt das Oberwallis eine ebenso verkannte wie einzigartige Facette: Eine blühende Industrie mit Spitzentechnologien. Mit 4000 Mitarbeitern ist dabei der Pharma- und Chemiekonzern Lonza der grösste Arbeitgeber und unterhält seit 1909 in Visp im Oberwallis sein grösstes Produktionswerk. Als Auftragnehmer des US-Biotech-Unternehmens Moderna stellt das Walliser Werk gegenwärtig den Impfstoff gegen Covid-19 her. 300 Millionen Impfdosen sollen pro Jahr im Wallis produziert werden. Das Wallis hat eine aufstrebende Wirtschaftsstruktur mit einem Mix aus Tradition und Innovation. Dieser Boom soll sich nun auch in der Kantonspolitik abbilden.

Am 7. März 2021 finden im Wallis die kantonalen Wahlen statt. Die SVP als zweitstärkste Partei im Kanton möchte dabei wieder zurück in die Exeku-

tive, den Staatsrat, und damit den vor vier Jahren verlorenen Sitz zurückholen. Die beiden Kantonalparteien SVP Oberwallis und SVP Unterwallis empfehlen aus Überzeugung die aussichtsreiche Kandidatur unseres Nationalrats Franz Ruppen. Der Gemeindepräsident von Naters, der zweitgrössten Gemeinde im Oberwallis, und ehemalige Grossrat und Fraktions-



zwei Jahrzehnten mit Leidenschaft für unseren Kanton. Franz Ruppen hat mit seiner unermüdlichen Arbeit die SVP im Oberwallis massgeblich aufgebaut – er verdient bei den Staatsratswahlen vom 7. März 2021 nun die volle Unterstützung der Walliser Bevölkerung.

Persönlichkeiten, die sich mit Herzblut und Ausdauer für das Oberwallis engagieren, sind auch im Grossen Rat unentbehrlich. Eine Walliser Besonderheit ist dabei, dass neben den 130 Grossräten auch 130 Stellvertreter, sogenannte Suppleanten, gewählt werden. 43 Kandidierende aus allen Bezirken des Oberwallis stellen sich mit dem Oberwallis im Herzen auf den Listen der SVP Oberwallis den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Die Politik der SVP Oberwallis ist verlässlich, gradlinig und erfolgreich. Unsere Grossräte und Suppleanten engagieren sich weiterhin mit Gewissenhaftigkeit und Leidenschaft für den Mittelstand, das Gewerbe, den Tourismus, die Landwirtschaft und die Interessen der Bergregionen. Herzlichen Dank für Ihre Verbundenheit mit der SVP!

chef kennt die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und engagiert sich seit bald



Schweiz stärken!

Arbeitsplätze schaffen!

Freihandelsabkommen mit Indonesien



www.svp.ch



JA